

Die Deutschnationalen und die Regierung.

Von deutschnationaler Seite wird parteiamtlich verlautbart:

In den letzten Tagen haben wiederholte, eingehende und lange dauernde Aussprachen der leitenden deutschnationalen Abgeordneten mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler stattgefunden, in welchen die tiefgehende Erregung und Beunruhigung in den deutschen Bevölkerungskreisen und ihre Ursachen erörtert wurden. Dem Ministerpräsidenten wurden von Seite der Abgeordneten die Mittel dargelegt, deren Anwendung die politische Lage erfordere. — Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat sich den gestellten Forderungen gegenüber nicht ablehnend verhalten und wird ihnen voraussichtlich entgegenkommen. — Auch über die parlamentarische Tagung und ihren Verlauf wurde eine orientierende Aussprache gepflogen.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, forderten die Deutschnationalen Führer von der Regierung vor allem, daß diese entsprechend den Erklärungen der leitenden Stellen durch Taten beweise, daß der Kurs unverändert bleibe und daß sie gegen die staatsfeindlichen Elemente entschieden vorgehe. Für dieses Verlangen wäre die erste Bedingung, daß die Deutschen eine geschlossene Linie und starke Stütze für die Regierung bilden. Dies ist allerdings bei den Deutschnationalen gegenwärtig nicht zu bemerken, vielmehr zieht der Zwiespalt unter ihnen immer weitere Kreise. Diesmal ist es die Protestbewegung gegen den Leitungsausschuß der deutschnationalen Parteien, weil er die unbedingte Staatsstreue der Deutschnationalen ausgesprochen hat. Neuerdings hat sich auch der Vorstand des Deutschnationalen Vereines für Oesterreich gestern diesem Einspruche angeschlossen, da er „die bedingungslose Hingabe an den Staat für nicht mehr gerechtfertigt“ erklärt und „völlig freie Hand für die politische Stellungnahme“ der Deutschnationalen verlanat. Auch in einer

Wählerversammlung des deutschnationalen Abg. Hummer in Leitmeritz wurde gefordert, daß die deutschnationalen Abgeordneten ihre Stellung zur Regierung von Sicherungen abhängig machen sollen; offenbar als eine solche Tat, durch welche die Regierung ihre Zusicherungen erhärten soll, wird die Schaffung der Provinz Deutschböhmen gefordert.

Die Deutschen und die südslavische Frage.

Unter dem Vorsitze des Abg. Ministers a. D. Dr. Urban setzte heute das deutschnationale sowie das christlichsoziale Komitee zur Beratung der Verfassungsfragen in einer gemeinsamen Sitzung im Klublokal der Christlichsozialen Vereinigung die Erörterung der südslavischen Frage fort. Zu dieser gemeinsamen Sitzung waren heute u. a. auch die Herrenhausmitglieder Minister a. D. Dr. v. Baernreither, Dr. von Grabmayr, Minister a. D. Dr. v. Klein, Graf Meran, Graf Nostitz-Nieneck und Minister a. D. Dr. v. Wittel eingeladen. Das Referat erstattete Abg. Dr. Marchl. Die gemeinsame Beratung wird Dienstag fortgesetzt werden.